

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **29. September 2016, 16.00 – 19.00Uhr**
Sitzungsort **Saal Egli**
Vorsitzender **Jürg Luthiger**

PROTOKOLL NR. 366

Anwesend **29 Einwohnerratsmitglieder** Entschuldigt - **Nussbaum Ulrich**
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Traktandenliste

1. Ersatzwahl des Präsidenten und eines Mitglieds der nichtständigen Kommission "Sanierung und Erweiterung Oberstufenschulhaus" KSEO Seite 3
2. Bericht und Antrag Nr. 1571 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite Seite 4
3. Bericht und Antrag Nr. 1576 Abrechnung Projektierungskredit Vorprojekt Winkel- und Seestrasse Seite 11
4. Bericht und Antrag Nr. 1577 Abrechnung Projektierungskredit Um- und Ausbau Trinkwasseraufbereitung Grämlis Seite 13
5. Bericht und Antrag Nr. 1574 Abrechnung Sonderkredit Erwerb von Stockwerkeigentum Gemeindehausplatz 26 Seite 15
6. Fragestunde Seite 17
7. Bericht und Antrag Nr. 1575 Abrechnung Kredit Innenausstattung Stockwerkeigentum Gemeindehausplatz 26 Seite 17
8. Bericht der Präsidentin der Bürgerrechtsdelegation Seite 19
9. Dringliche Interpellation Nr. 2016-662 von Ivan Studer, CVP, und Mitunterzeichnenden: Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Kirchfeld Seite 20
10. Interpellation Nr. 2016-658 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Veränderungen im Bereich Immobilien Seite 22

Sprecher/in

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Jürg Luthiger (CVP)

Gratulationen

Im September durfte ich zu 20 hohen Geburtstagen gratulieren.

Repräsentationen

- 7. September 2016: 1000 m-Lauf
- 10. September 2016: Eglichilbi mit Vergabe des Freiwilligenpreises
- 17. September 2016: Hauptübung der Feuerwehr Horw

Einbürgerungen

Die Bürgerrechtsdelegation hat acht Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert. Davon stammen zwei Personen aus Portugal, eine vierköpfige Familie aus Sri Lanka und je eine Person aus Angola und Italien.

Protokolle

Gegen das Protokoll Nr. 365 der Einwohnerratssitzung vom 1. September 2016 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Neueingänge

- 1. September 2016: Dringliche Motion Nr. 2016-286 von Jasmin Ziegler-Hüppi, SVP, und Mitunterzeichnenden: Schaffung preisgünstiger Arbeits- und Gewerbegebiete
- 1. September 2016: Dringliche Interpellation Nr. 2016-662 von Ivan Studer, CVP, und Mitunterzeichnenden: Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Kirchfeld

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

Begründung Dringlichkeit Motion Nr. 2016-286

Viele Horwerinnen und Horwer regen sich auf, weil immer mehr Gewerbe verschwindet. Die Motion ist dringlich, weil es fünf vor zwölf ist, denn wir sind mitten im Bebauungsplan von "horw mitte". Weiter müssen wir entscheiden, was in Zukunft im Gebiet Wegmatt geht usw.

Jasmin Ziegler-Hüppi (SVP)

Es ist sehr wichtig, dass wir das Horwer Gewerbe nicht einfach vergessen, sondern schauen, dass es zu einem vernünftigen Preis bleiben kann. Meine Bitte ist, die Motion dringlich zu überweisen, damit jetzt geplant wird und wir unser Gewerbe behalten können.

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit.

Thomas Zemp (CVP)

Bei der Dringlichkeit handelt es sich um ein parlamentarisches Instrument, das man nur in bedeutenden Fällen und ausnahmsweise anwenden sollte. Dies ist dann der Fall, wenn das Thema des Vorstosses eine aussergewöhnlich hohe politische Brisanz hat, so dass die Bevölkerung umgehend eine politische Stellungnahme erwartet. Oder es ist dann der Fall, wenn das Anliegen bei einem Aufschub auf eine spätere Sitzung, und damit einer ordentlichen Behandlung, gegenstandslos werden würde. Auch das ist bei der vorliegenden Motion nicht der Fall. Es ist auch nicht so, dass wir aktuell vor irgendwelchen Planungshandlungen stehen, auf die wir jetzt gerade Einfluss nehmen müssen. Das nächste Geschäft, auf das man Einfluss nehmen kann, ist im Bereich der Wegmatt,

wobei das sowieso im Einwohnerrat behandelt wird.

Es gibt im Moment nichts, zu dem der Gemeinderat sofort handeln müsste und darum ist die Motion aus unserer Sicht nicht dringlich zu erklären.

Ich kann das Anliegen von Herrn Gemeinderat Zemp verstehen, auf der anderen Seite müssen wir aber sehen, dass das Gewerbe fast keine Möglichkeiten mehr in Horw hat und abwandert. Wir müssen das Gewerbe behalten können, denn sonst müssen wir Leistungen bei Firmen in anderen Gemeinden beziehen, in denen dann auch die Steuern bezahlt werden.

Jörg Conrad (SVP)

Ich bitte Sie, das noch einmal zu überlegen. Das Anliegen ist genauso wichtig wie gemeinnütziger Wohnraum, damit das Gewerbe in Horw bleibt und uns unterstützt.

Abstimmung:

Die Dringlichkeit der Motion Nr. 2016-286 wird mit 12:15 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Jürg Luthiger (CVP)

Begründung Dringlichkeit Interpellation Nr. 2016-662

Die Dringlichkeit der Interpellation ist offensichtlich und begründet sich durch die Tatsache, dass die Horwer Ärzte die Zusammenarbeit mit dem Kirchfeld per Ende August gekündigt haben. Obwohl die Kündigung bereits im Januar 2016 eingegangen ist, war der Gemeinderat offensichtlich nicht in der Lage, innerhalb von sieben Monaten eine vernünftige Lösung auszuarbeiten. Die Konsequenzen dieser, entschuldigen Sie den Ausdruck, Schlamperei müssen jetzt die Bewohnenden vom Kirchfeld tragen. Seit Ende August entspricht die medizinische Versorgung nicht mehr dem Standard, den man erwarten kann. Das ist schlecht für das Image vom Kirchfeld und auch schlecht für die Gemeinde Horw.

Ivan Studer (CVP)

Mir ist wichtig, dass bei der ganzen Thematik geschaut wird, was operativ ist, sprich was die Heimleitung mit den Ärzten als ihre Partner aus- und verhandeln muss und was das Politische an dem Geschäft ist. Ich bitte Sie, das gut zu bedenken. Der Einwohnerrat hat Ja gesagt zur Medikamentenabgabe mit Medifilm, die Umsetzung liegt aber beim Heim und den Ärzten.

Hannes Koch (L20)

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Oskar Mathis (L20)

1. Ersatzwahl des Präsidenten und eines Mitglieds der nichtständigen Kommission "Sanierung und Erweiterung Oberstufenschulhaus" KSEO

Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Richard Kreienbühl als Mitglied der KSEO vor.

Roger Eichmann (CVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	29
Eingegangene Stimmzettel	29
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	29
Absolutes Mehr	15

Jürg Luthiger (CVP)

Gewählt ist Richard Kreienbühl mit 29 Stimmen.

Die L2O schlägt Ihnen Caroline Wiezel für das Präsidium der Kommission Sanierung und Erweiterung Oberstufenschulhaus KSEO vor. Sie ist seit Beginn, inkl. Vorkommission, in dieser Kommission tätig und kennt das Thema Oberstufenschulhaus bestens. Sie ist fähig, die Sitzungen gut strukturiert, zuverlässig und effizient zu leiten. Sie hat ein Auge für das Wesentliche und bringt eine reiche Erfahrung in der Sitzungsleitung mit. Parteintern hat sie in der Kerngruppe der L2O schon unzählige Sitzungen zur Zufriedenheit aller geleitet.

Rita Wyss (L2O)

Die L2O findet es auch wichtig, einer jüngeren Person die Sitzungsleitung anzuvertrauen und die Gelegenheit zu geben, Erfahrungen zu sammeln. Wir freuen uns, wenn Sie Caroline Wiezel unterstützen.

Die FDP Fraktion schlägt als Präsidenten für die Kommission Sanierung und Erweiterung Oberstufenschulhaus KESO Ueli Nussbaum vor. Herr Nussbaum ist seit Beginn in dieser Kommission als Mitglied tätig. Als ehemaliger Präsident der Bau- und Verkehrskommission sind wir überzeugt, dass er die nötigen Qualifikationen für dieses Amt hat. Ich bitte Sie, ihm Ihre Stimme zu geben und ihn zu unterstützen.

Urs Rölli (FDP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	29
Eingegangene Stimmzettel	29
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	29
Absolutes Mehr	15

Jürg Luthiger (CVP)

Gewählt ist Ueli Nussbaum mit 20 Stimmen. Caroline Wiezel erhält 9 Stimmen.

2. Bericht und Antrag Nr. 1571 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite

Eintreten GPK

Der B+A gab in der GPK nicht zu vielen Diskussionen Anlass. Wir haben uns jedoch darüber unterhalten, zu welchem Zeitpunkt Vorstösse idealerweise abgeschrieben werden sollen.

Nathalie Portmann
(L2O)

Mit dem Verzeichnis der unerledigten Geschäfte haben wir ein Controllinginstrument in der Hand, das uns hilft, unsere Aufträge, die wir dem Gemeinderat geben, im Griff zu behalten. Im vorliegenden B+A gibt es einige Vorstösse, die dem Wortlaut nach eigentlich abgeschrieben werden könnten. Entsprechend hat dies der Gemeinderat auch vorgeschlagen. So verlangt z.B. ein dringliches Postulat, den Einsatz von Volt-Controlgeräten zu prüfen. Der Gemeinderat hat die Prüfung vorgenommen und plant, so ein Gerät für das Kirchfeld anzuschaffen. Damit hat der Gemeinderat seine Pflicht in Bezug auf den Vorstoss im ganz engen Wortlautsinn erfüllt. Es kommt jedoch ein "Aber". Es war bisher Usanz, einen Vorstoss erst dann abzuschreiben, wenn die die Massnahme auch tatsächlich umgesetzt wurde. Beim vorliegenden Beispiel also, wenn das Gerät tatsächlich beschafft wurde. Die GPK ist fast geschlossen der Meinung, dass dieses ungeschriebene Gesetz beibehalten werden soll. Darum wird die GPK in mehreren Fällen beantragen, die jeweiligen Vorstösse noch nicht abzuschreiben. Abgesehen davon ist die GPK für Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1571.

Eintreten BVK

Auch in der BVK führte der B+A nicht zu grossen Diskussionen. Es wurde einstimmig beschlossen, den B+A Nr. 1571 zur Kenntnis zu nehmen und die Postulate Nrn. 644/2013 und 663/2015 als erledigt abzuschreiben.

Wir haben auch diskutiert, wann ein Vorstoss abzuschreiben ist. Vielleicht ist durch die Wechsel im Rat die Usanz nicht mehr bei allen gleich bekannt und die Frage ist, wie weit der Rat beim Abschreiben von Vorstössen eine gemeinsame Linie und eine gewisse Verlässlichkeit hat.

Eintreten GSK

Die GSK hat die Bereiche des B+A, die der Sozial- und Gesundheitspolitik zugeordnet sind, beraten. Bei einigen Geschäften stellt sich die Frage, warum es so lange dauert. Andererseits sind viele Geschäfte in der Abklärungsphase, so dass zurzeit nur wenig parlamentarischer Einfluss genommen werden kann.

Wir sind einstimmig für Eintreten auf das Geschäft und in fast allen Punkten einig mit der GPK.

Eintreten CVP

Wie in den vorbereitenden Kommissionen, gab es auch in der CVP-Fraktion Diskussionen darüber, welche Geschäfte abgeschlossen werden sollen oder nicht. Auch wir halten an dem Grundsatz fest, dass nur Geschäfte abgeschlossen werden sollten, die wirklich erledigt sind. In dem Sinn werden wir den entsprechenden Anträgen der GPK folgen.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom vorliegenden B+A.

Eintreten L2O

Wir von der L2O bedanken uns beim Gemeinderat für die Zusammenstellung der unerledigten Geschäfte.

Wir sind für Eintreten auf den B+A und werden diesen mit grösster Wahrscheinlichkeit zustimmend zur Kenntnis nehmen. Bezüglich der Abschreibung von Vorstössen schliessen wir uns der GPK und der CVP-Fraktion an.

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion stellt auch dieses Jahr fest, dass leider immer noch ältere Geschäfte vorhanden sind, die noch nicht vorgelegt wurden. Es wäre sinnvoll, wenn mit Terminangaben gearbeitet würde, damit die Prioritäten des Gemeinderates ersichtlich sind.

Wir sind froh, dass wir bei der Immobilienstrategie noch in diesem Jahr das Strategiepapier als Ergänzung zum B+A vom Mai erhalten sollten.

Die Motion bezüglich "Reglement Feuerwerke" vom Mai 2013 ist aus Sicht der FDP nach wie vor reine Bürokratie und es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, so ein Reglement zu erstellen. Wir sehen den Mehrwert einer Meldestelle absolut nicht.

Bezüglich den Anträgen des Gemeinderates ist die FDP-Fraktion mehrheitlich der Meinungen der Kommissionen und wird diese Anträge auch unterstützen.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung des B+A mit den entsprechenden Anträgen.

Richard Kreienbühl
(CVP)

Jörg Conrad (SVP)

Rita Sommerhalder
(CVP)

Hannes Koch (L2O)

Urs Röllli (FDP)

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die Haltung des Gemeinderates.

Wir schlagen aber vor, das Postulat Nr. 647/2013 zur Überprüfung der Kostenstruktur und Taxgestaltung Kirchfeld noch nicht abzuschreiben und zu warten, bis wir vertiefte Grundlagen haben. Der vorgesehene Bericht sollte uns mit dem Budget 2017 vorliegen.

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1571, zustimmende Kenntnisnahme und Abschreibung der entsprechenden Postulate.

Der neu zusammengesetzte Gemeinderat dankt für das Eintreten auf den B+A und die positive Entgegennahme.

Detailberatung

Bericht und Antrag

2.1.3 Motion 278/2013 Reglement Feuerwerke

Im Kommentar heisst es, dass die Grundlagen zum Planungsbericht aus Ressourcen-Gründen noch nicht finalisiert werden konnten. Wie steht der zuständige Gemeinderat zu dieser Aussage?

Wir sehen den Mehrwert der Motion nicht, sondern nur, dass die Verwaltung unnötig beschäftigt würde. Auch bei der Umsetzung und Überwachung der Motion sehen wir Probleme.

Die Motion wurde damals knapp überwiesen. Der Auftrag sieht vor, ein Reglement vorzubereiten und wie ich das im Dossier gesehen habe, wird es kein Jahr mehr dauern, bis man das dem Einwohnerrat vorlegen kann.

Es ist nicht ganz unüblich, dass Gemeinden so ein Reglement einführen. Dabei ist eine Frage, wie weit man die freie Gestaltung eines Einzelnen gegenüber dem Gemeinwohl bevorzugen möchte. Es gibt viele Leute, die sich an Feuerwerken stören und wenn man ein Reglement hat, hat man die Möglichkeit, das auch zu handhaben. Grundsätzlich ist es heute so, dass ab 22.00 Uhr Nachtruhe ist und man ab dann kein Feuerwerk mehr machen darf, aber daran hält sich eigentlich niemand.

Ich werde die Vorlage nächstens vorbereiten und dann kann der Einwohnerrat entscheiden, ob er das möchte oder nicht und ob der Aufwand für die Verwaltung gross oder klein ist.

Die FDP-Fraktion ist trotzdem der Meinung, dass die Überarbeitung nicht notwendig ist. Es gibt ein Musterreglement vom Verband, wir sind aber der Meinung, dass kein Reglement nötig ist.

Ich kann von meiner Wohnlage aus über das Dorf sehen und ich sehe lauter Feuerwerke in Kriens und in Hergiswil und zu denen können wir sowieso nichts sagen oder machen. In Horw selber konnte man die Anzahl der Feuerwerke in diesem Sommer an einer Hand abzählen.

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, die Motion Nr. 278/2013 als erledigt abzuschreiben.

Abstimmung:

Dem Antrag der FDP-Fraktion, die Motion Nr. 278/2013 als erledigt abzuschreiben, wird mit 15:11 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

Reto Eberhard (SVP)

Ruedi Burkard (FDP)

Urs Rölli (FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Urs Rölli (FDP)

Jürg Luthiger (CVP)

2.1.4 Motion Nr. 280/2013 Überführung "Kirchfeld – Haus für Betreuung und Pflege" in eine Aktiengesellschaft

Hannes Koch (L2O)

An der Einwohnerratssitzung vom 26. Februar 2015 haben wir den Planungsbericht und Projektierungskredit Betrieb und Gestaltung der Winkel- und Seestrasse besprochen. Darin wurde die Umsetzung und das Vorgehen detailliert mit einem Zeitplan sowie den anfallenden Kosten beschrieben. Der Einwohnerrat hatte den Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen und dem Planungskredit von 200'000 Franken zugestimmt. Bei der Behandlung des Resultates des Vorprojektes Winkel- und Seestrasse wurde dieses Geschäft in der Schlussabstimmung mit 20:8 Stimmen versenkt und wir haben so 200'000 Franken vernichtet.

Der L2O ist es ein Anliegen, dass wir Geld nicht vernichten, sondern dieses gut investieren. Darum möchten wir heute noch einmal fragen, ob der Antrag von Rita Sommerhalder in Zukunft auch wirklich eine breite Abstützung findet.

Es geht um den ursprünglichen Planungskredit von 200'000 Franken, der durch eine Sparmassnahme der SVP auf 150'000 Franken reduziert wurde. Es geht aber immer noch um 150'000 Franken und darum ist es mir ein Anliegen, dass wir heute eine breite Abstützung für die Motion finden. Die L2O ist für die Abschreibung der Motion.

Wir haben das Projekt bereits aufgegeben und den Auftrag vergeben. Von daher empfehle ich Ihnen, die Motion nicht abzuschreiben. Wir sollten auf den Weg gehen und eine Lösung finden für die Zukunft vom Kirchfeld - Haus für Betreuung und Pflege.

Oskar Mathis (L2O)

Ich gehe aber davon aus, dass nicht 150'000 Franken verloren sind, wenn der Auftrag jetzt gestoppt würde.

Hannes Koch (L2O)

Der Rat hat beschlossen, dass das Projekt weitergeführt werden soll. In der GSK haben wir erfahren, dass es drei Offerten gab und sich der Gemeinderat letztendlich für die Firma Innova Consulting AG entschieden hat. Die Frage nach dem Zeithorizont ist auch beantwortet und 2017 wird es eine Volksabstimmung geben.

Jörg Conrad (SVP)

Ein wichtiger Grundsatz ist, dass 100 % der Aktien bei der Gemeinde bleiben und das Aufsichtsorgan wird wahrscheinlich auch so bleiben wie wir es bis jetzt hatten.

Ich möchte klarstellen, dass wir lediglich die Prüfung einer Umwandlung in eine AG bestimmt haben. Darum sagen wir auch nicht Nein, wir sind aber kritisch. Uns geht es darum, dass es breit abgestützt ist und das müssen Sie heute beweisen.

Hannes Koch (L2O)

Die Winkel- und Seestrasse ist ein gutes Beispiel, wie ein Einwohnerrat auch funktionieren kann und wie einfach fast 200'000 Franken in Luft aufgelöst werden. Zeigen Sie darum, dass Sie die Prüfung zur Umwandlung wirklich wollen.

Auch die FDP-Fraktion stand damals dem Anliegen sehr kritisch gegenüber. Wenn die Gemeinde alle Schulden und alle Aktien bei sich hat, sehen wir den Mehrwert dieser Übung auch nicht, ausser dass 150'000 Franken vernichtet werden. Wir haben den B+A erhalten und dieser war für uns nicht zielführend, was für eine AG sprechen soll.

Urs Röllli (FDP)

Wir unterstützen den Antrag der Linie 2O und sind ebenfalls für das Abschreiben der Motion.

Sie haben beschlossen, dass ein Detailkonzept ausgearbeitet wird und daraufhin wurden die Folgearbeiten auftragsgemäss in Angriff genommen. Sie können zu einem Geschäft Ja oder Nein sagen, aber nicht einmal Ja und einmal Nein. Auch wenn Sie die Motion jetzt abschreiben, hat das überhaupt keinen Einfluss mehr auf den Beschluss, d.h. dieser wird mit der Abschreibung der Motion nicht aufgehoben. Der Vertrag mit der begleitenden Beratungsfirma ist unterzeichnet und mit den ersten Arbeiten wurde bereits begonnen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich finde es trotzdem wichtig, das man öffentlich macht, wie die Meinungsverhältnisse sind oder wie sich diese in Zukunft verändern. Darum finde ich es zentral, dass wir darüber abstimmen. In Luzern haben die Stimmen gegenüber einer AG auch geändert und in Kriens sind die Diskussionen im Gang und sind auch sehr kritisch. Die Modeerscheinung, überall eine AG zu machen und zu privatisieren, ist ein wenig ausgelaufen.

Hannes Koch (L20)

Wenn auch der Beschluss nicht ändert, so haben Sie doch immerhin ein Zeichen, damit Sie es bei der Überarbeitung vom B+A hinbekommen, dass der Einwohnerrat am Schluss auch wirklich Ja dazu sagen kann.

Sie durchschauen sicher auch die Absicht der L20, ein laufendes Geschäft zu torpedieren und mit dem Antrag zu Fall zu bringen. Der Zug fährt bereits und man sollte das jetzt laufen lassen. Ob eine AG gut ist oder nicht, ist in Prüfung und Aktien müssen nicht per se Schulden bedeuten.

Reto von Glutz (SVP)

Abstimmung:

Der Antrag der L20, die Motion Nr. 280/2013 als erledigt abzuschreiben, wird mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Jürg Luthiger (CVP)

Sie sehen, an was für einem seidenen Faden das Ganze hängt und mir ist wichtig, dass das sichtbar ist.

Hannes Koch (L20)

Herr Koch, Sie wissen, dass das Geschäft umstritten ist und das ist auch heute wieder der Fall. Das können Sie nicht aus der Welt schaffen, auch wenn Sie hundertmal darüber abstimmen. Sie erreichen allenfalls einmal einen Zufallsentscheid in die andere Richtung. Lassen Sie den Gemeinderat doch seine Sache zu Ende machen, dann haben wir einen Vorschlag auf dem Tisch, über den wir abstimmen können anstatt jetzt mit einem Bubentrick die Übung abzurechnen.

Markus Bider (CVP)

Ich zähle mich noch nicht zu den alteingesessenen Ratsmitgliedern, aber ich nehme mit Erstaunen zur Kenntnis, dass man im Zusammenhang mit unerledigten Geschäften eine Motion torpedieren und abschiessen möchte, die einmal, wenn auch knapp, überwiesen wurde.

Richard Kreienbühl
(CVP)

Herr Bider, Sie sagen gerne, dass es eine mehrheitsfähige Lösung geben muss. Das ist ein Satz, den ich von Ihnen übernommen habe. Jetzt ergab die Abstimmung 14:14 Stimmen und das war mir wichtig, zu zeigen.

Hannes Koch (L20)

3.1.1 Postulat Nr. 554/2005 Betagtenwohnungen im Horwer Zentrum

Im Namen der BVK stelle ich aus den Überlegungen, die Herr Kreienbühl im Eintreten für die BVK dargelegt hat, den Antrag, dass das Postulat von Urs Hediger noch nicht abgeschlossen werden soll. Auch wenn das Postulat schon 11 Jahre alt ist und das Vorhaben, auf dem Baufeld E mit der Baugenossenschaft Pilatus weitere Wohnungen für Betagte erstellen zu lassen, schon weit fortgeschritten ist, sollte das Postulat erst dann abgeschlossen werden, wenn das Baufeld E überbaut und die Betagtenwohnun-

Jürg Biese (FDP)

gen erstellt und eingerichtet sind. Darum ist die BVK mehrheitlich der Ansicht, dass das Postulat Nr. 554/2005 noch nicht abgeschrieben werden soll.

Bei dem Postulat ist schon ein Teil erledigt und darum ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass man es abschreiben kann. Mit den Bauten F1 und F2 wurden bereits Be- tagtenwohnungen erstellt.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Auch die GSK ist der Auffassung, dass die Bedingungen erfüllt sind und das ganze Geschäft am Laufen ist. Darum sind auch wir für die Abschreibung des Postulats.

Jörg Conrad (SVP)

Abstimmung:

Der Antrag der BVK, das Postulat Nr. 554/2005 nicht abzuschreiben, wird mit 3:25 Stimmen abgelehnt.

Jürg Luthiger (CVP)

3.1.3 Postulat Nr. 645/2013 Förderung der Strassengenossenschaften

Das Postulat ist bereits seit drei Jahren pendent und für den langen Zeitraum hat die FDP-Fraktion kein Verständnis. Es schlummert seit drei Jahren und im Kommentar steht sogar etwas von externen Lösungen. Das kann es jetzt schlichtweg nicht sein.

Urs Rölli (FDP)

Ich selber wohne im Bereich Sonnsyterain, der hier auch aufgeführt ist, und wir haben 2013 eine Strassengenossenschaft gegründet. Wir wurden von der Gemeinde unter- stützt, es waren aber auch sehr viel Eigeninitiative und selbständige Abklärungen not- wendig.

Das Anliegen des Postulats ist für mich mehr, die Prozesse mit einer Art Checkliste aufzuzeigen, was für die Gründung einer Strassengenossenschaft alles notwendig ist, wie das aufgegleist werden muss und welche Gesetze zu beachten sind. Neben der Checkliste können auch Vorlagen von Dokumenten, die für eine Gründung nötig sind, bereitgestellt werden.

Es ist mir klar, dass es sehr schwierig ist, wen man mit dem Anliegen bei Strassen, die vielleicht 50 Parteien haben, überhaupt angehen soll und wer den Lead haben soll. Ich bitte aber den Gemeinderat, einmal einen schlanken Lösungsvorschlag zu präsentieren, damit wir einen Schritt weiterkommen.

Ich sehe das genau gleich wie Herr Rölli. Es ist auch schon sehr viel vorhanden und der Kanton hat ein Musterreglement, auf das man zurückgreifen kann. Bei der Strassenge- nossenschaft ist in der Regel das pièce de résistance der Perimeter. Vor allem wenn es eine grössere Strassengenossenschaft ist, muss man sich auf einen Perimeter einigen, d.h. es geht um Geld und wieviel Beitrag jeder zahlen muss. Dazu arbeiten wir bei der Gemeinde mit gewissen Partnern zusammen, die Erfahrungen haben und ich glaube, dann geht es nicht mehr um Checklisten, sondern dann muss man sagen, dass das die Partner sind, mit denen man das erarbeiten könnte. Der Treiber ist meistens eine an- stehende Sanierung und dann muss man sich zusammenraufen.

Thomas Zemp (CVP)

Ich denke, wir können vielleicht auf unserer Homepage etwas einrichten, wo man die nötigen Informationen, im Sinn einer Checkliste mit Ansprechpartnern, finden kann. Bei den Strassengenossenschaften, die in letzter Zeit gegründet wurden, war die Gemeinde immer aktiv involviert, hat zum Teil ein Kick-off gemacht und geschaut, dass ein Peri- metervorschlag ausgearbeitet wird.

Zum Stichwort "Perimeter" ist zu sagen, dass das klar aus der Versammlung der Strassengenossenschaft hervorgehen muss. Wenn nur ein Eigentümer mit dem Perimeter nicht einverstanden ist, muss man die Gemeinde beauftragen, um den Perimeter amtlich zu erlassen. Von daher sehe ich auch keinen Mehrwert, dass man jetzt probiert, etwas aufzugleisen, sondern man muss ad hoc entscheiden können, wenn eine Strassengenossenschaft gegründet wird. Wenn die Genossenschaft dann den Auftrag erteilt, den Perimeter amtlich zu erlassen, dann kann die Gemeinde mit der Arbeit beginnen.

Urs Rölli (FDP)

3.1.4 Dringliches Postulat Nr. 647/2013 Überprüfung der Kostenstruktur und Taxgestaltung Kirchfeld

Wie bereits beim Eintreten erwähnt, macht die SVP-Fraktion beliebt, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Reto Eberhard (SVP)

Auch die GPK stellt den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben. Die vorliegende Begründung ist sehr kurz und in den Augen der GPK kein Argument, das Postulat abzuschreiben. Falls beim Prozess der Budgetgenehmigung tatsächlich alle Fragen zu dem Postulat beantwortet werden können, kann es dann abgeschrieben werden. Zum heutigen Zeitpunkt erachtet die GPK das Abschreiben aber als verfrüht.

Nathalie Portmann (L20)

Die GSK hat die gleiche Haltung. Weil das Budget noch nicht beschlossen ist, sind wir der Ansicht, dass das Postulat noch nicht abgeschrieben werden soll.

Jörg Conrad (SVP)

Die BVK ist ebenfalls dafür, das Postulat nicht abzuschreiben.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Dem Antrag der SVP-Fraktion und der GPK, das dringliche Postulat Nr. 647/2013 nicht als erledigt abzuschreiben, wird einstimmig zugestimmt.

Jürg Luthiger (CVP)

3.2.1 Dringliches Postulat Nr. 2015-663 Ausbau Rad-/Gehweg Kastanienbaumstrasse: Verzicht auf Randsteine

Die GPK stellt den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, weil man jetzt noch nicht sehen kann, ob die Randsteine weggelassen werden oder nicht.

Nathalie Portmann (L20)

Abstimmung:

Dem Antrag der GPK, das dringliche Postulat Nr. 2015-663 nicht als erledigt abzuschreiben, wird mit 14:13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Jürg Luthiger (CVP)

3.2.2 Dringliches Postulat Nr. 2015-666 Strom und gleichzeitig Geld sparen

Die GPK stellt den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, da wir abwarten möchten, bis das Volt-Controlgerät auch wirklich angeschafft wurde.

Nathalie Portmann (L20)

Abstimmung:

Dem Antrag der GPK, das dringliche Postulat Nr. 2015-666 nicht als erledigt abzuschreiben, wird mit 21:7 Stimmen zugestimmt.

Jürg Luthiger (CVP)

Abstimmung Beschluss:

1. Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Nr. 278/2013 sowie die Postulate Nrn. 554/2005 und 644/2013 werden mit 27:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1571 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zugestimmt.

3. Bericht und Antrag Nr. 1576 Abrechnung Projektierungskredit Vorprojekt Winkel- und Seestrasse

Eintreten GPK

Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass im Bericht der Revisionsstelle fälschlicherweise eine Kostenunterschreitung von 20'638.65 Franken statt Kosten von 200'538.30 Franken aufgeführt sind. Das scheint ein copy and paste-Fehler zu sein.

Dann hat es eine grössere Diskussion gegeben, ob man die Projektkosten, wie beantragt, über 10 Jahre abschreiben sollte oder – wie das Beispiel der Kastanienbaumstrasse zeigt – per sofort. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, ob man in Zukunft noch Teile des Projekts brauchen kann oder nicht.

Mehrheitlich wird die Aussage, dass man von einem abgeschriebenen Projekt nichts mehr verwenden kann, aber abgelehnt.

Die GPK will grossmehrheitlich die Projektierungskosten sofort abschreiben und wird daher bei der Behandlung vom B+A den entsprechenden Antrag stellen. Die GPK stimmt der vorliegenden Abrechnung des Projektierungskredits zum Vorprojekt Winkel- und Seestrasse einstimmig zu und beantragt Eintreten auf den B+A Nr. 1576.

Eintreten BVK

Auch in der BVK wurde diskutiert, ob man die Projektierungskosten vorzeitig abschreiben soll. Wir sind jedoch der Meinung, dass ein Restwert erhalten bleibt und man es deshalb über 10 Jahre abschreiben kann. Auch uns ist die Differenz im Bericht der Revisionsstelle aufgefallen, aber das scheint ein Kopierfehler zu sein und gab zu keinen weiteren Diskussionen Anlass.

Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1576.

Eintreten CVP

Die CVP ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1576.

Eintreten L2O

Die L2O dankt dem Gemeinderat für die Abrechnung über den Projektierungskredit. Wir finden es nach wie vor schade, so ein Projekt, für das man so viel Geld ausgegeben hat, einfach in der Schublade zu versorgen.

Wir sind für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1576.

Eintreten FDP

Auch die FDP ist grossmehrheitlich für eine sofortige Abschreibung der Kosten und hätte bei der Kostenzusammenstellung gern ein paar Details mehr gesehen.

Im Übrigen stimmt die FDP der vorliegenden Abrechnung des Projektierungskredits vom Vorprojekt Winkel- und Seestrasse einstimmig zu und beantragt Eintreten auf den B+A.

Jörg Gilg (FDP)

Andrea Hocher (CVP)

Richard Kreienbühl
(CVP)

Claudia Rössli Schuler
(L2O)

Jörg Gilg (FDP)

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion hat von der Abrechnung über den Projektierungskredit Kenntnis genommen; das ohne lange Diskussion, da es ohnehin nicht zur Ausführung des Hauptprojekts kommen wird. Zu reden gab hauptsächlich die Art und Weise des Abschreibens der Vorprojektplanungen. Wir nehmen dazu in der Detailberatung noch Stellung. Die SVP-Fraktion ist aber für Eintreten und Genehmigung der Abrechnung.

Reto von Glutz (SVP)

Ich habe keine Ergänzungen zum Bericht und Antrag.

Thomas Zemp (CVP)

Detailberatung

Bericht und Antrag

4 Baukosten

Zum Votum von Herrn Gilg betreffend mehr Details zu den Abrechnungen ist zu sagen, dass wir grundsätzlich in der gleichen Detaillierung abrechnen wie der Kredit auch verlangt wurde. Die GPK hat die Frage aber auch gestellt und da haben wir den Kontoauszug abgegeben. Die Kommission hat somit Detailkenntnisse über sämtliche einzelnen Abrechnungen, die in dem Kredit geführt wurden.

Thomas Zemp (CVP)

7 Externe Revision

Im Eintreten haben wir gehört, dass der Betrag im Bericht der Revisionsstelle nicht stimmt. Dieser Bericht ist nicht vom 9. August 2016, wie es im B+A steht, sondern vom 25. August 2016 und er ist auch nicht unterzeichnet. Wie ist der Mechanismus, wenn der B+A am 11. August 2016 vom Gemeinderat beschlossen wird? Muss zu dem Zeitpunkt der Bericht der Revisionsstelle vorliegen oder nicht?

Marcel Wirz (FDP)

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass man für mehrere B+As die Revisionsstelle beauftragt, diese im Nachhinein zu prüfen. Es ist eine Beilage zum B+A und insofern halte ich es nicht für zwingend, dass das vor dem Beschluss des Gemeinderates gemacht werden muss.

Thomas Zemp (CVP)

Der copy and paste-Fehler in dem Bericht ist sehr unschön, das dürfte einer Revisionsfirma nicht passieren. Ich nehme an, dass man das noch mit der Revisionsstelle thematisieren wird.

Die Abrechnung wurde am 9. August 2016 von der externen Revisionsfirma geprüft. Dem Gemeinderat konnte noch vor dem 11. August 2016, d.h. vor dem Gemeinderatsbeschluss, mündlich mitgeteilt werden, dass die Prüfung erfolgreich verlaufen ist. Die Revisionsfirma hat dann schliesslich am 25. August 2016 ihren schriftlichen Bericht, der Ihnen als Beilage zum B+A vorliegt, verfasst.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

6 Finanzierung

Die GPK und die FDP-Fraktion beantragen folgenden ergänzenden Satz: "Der Betrag ist im laufenden Geschäftsjahr abzuschreiben."

Jörg Gilg (FDP)

Aus fachlicher Sicht stelle ich fest, dass das Vorprojekt, zusammen mit dem Protokoll der entsprechenden Einwohnerratssitzung, für uns die Grundlage bildet, um die nächsten anstehenden Sanierungen an dieser Strasse durchzuführen. In dem Vorprojekt ist u.a. ein Inspektionsbericht betreffend der bergseitigen Stützmauer und der seeseitigen Trennmauern. Weiter sind diverse Vermessungsdaten enthalten und eine bau- und materialtechnische Zustandsanalyse vom Strassenoberbau mit Sanierungsvorschlägen und wir gedenken, diese Informationen weiterhin zu gebrauchen. So gesehen hat das Vorprojekt einen bleibenden Wert. Wir haben auch noch den Vorstoss von Herrn Bider

Thomas Zemp (CVP)

auf dem Tisch, auch dafür werden wir auf das Vorprojekt zurückgreifen, immer zusammen mit dem Protokoll der Einwohnerratssitzung.

Aus fachlicher Sicht hat das Vorprojekt nach wie vor einen Wert und darum ist es nicht gerechtfertigt, wenn man es jetzt sofort abschreibt. Rückblickend kann man sagen, dass es bei der Kastanienbaumstrasse auch der Fall war, denn der Rad- und Gehweg war Bestandteil vom Gesamtprojekt und man hat auf die Angaben zurückgegriffen.

Man kann sich politisch überlegen, ob man das Vorprojekt abschreiben will, aber fachlich hat es mit Bestimmtheit einen Wert, der auch in Zukunft noch da ist.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Kredite nur ausnahmsweise "auf einmal" abzuschreiben sind. Das Löschen von Krediten aus der Buchhaltung darf nicht zur Regel werden. Angesichts der Summe und aufgrund der Überlegungen der GPK kann die SVP-Fraktion ihren Antrag in diesem Fall allerdings unterstützen.

Reto von Glutz (SVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK und der FDP, den Projektierungskredit im laufenden Geschäftsjahr abzuschreiben.

Jürg Luthiger (CVP)

Dem Antrag wird mit 18:6 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

Abstimmung Beschluss:

1. Die Abrechnung über den Projektierungskredit Vorprojekt Winkel- und Seestrasse in Höhe von Fr. 200'538.30 wird einstimmig zugestimmt.
2. Mit 21:5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, wird der Projektierungskredit direkt im laufenden Geschäftsjahr abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1576 Abrechnung Projektierungskredit Vorprojekt Winkel- und Seestrasse wird einstimmig zugestimmt.

4. Bericht und Antrag Nr. 1577 Abrechnung Projektierungskredit Um- und Ausbau Trinkwasseraufbereitung Grämlis

Eintreten GPK

Die GPK hat die Abrechnung des Projektierungskredits diskutiert und sich über die Kostenabweichungen informieren lassen. Dank einem Zusatzkredit des Gemeinderates – und nur deswegen – resultiert eine geringe Kostenunterschreitung. Die Gründe für den Zusatzkredit, wofür der Gemeinderat unbestritten kompetent ist, sind aber nachvollziehbar und begründet. Es musste nämlich notwendig eine komplexere Lösung mit einem Anbau realisiert werden, um die gesamten baulichen Einrichtungen darin unterbringen zu können.

Reto von Glutz (SVP)

Die GPK ist darum für Eintreten und die Genehmigung der Abrechnung Projektierungskredit im Betrag von 430'586.67 Franken und nicht 430'537.67 Franken, wie es fälschlicherweise im Beschluss steht.

Eintreten BVK

Der BVK ist noch einmal erklärt worden, dass die Technik und die verschiedenen Aufbereitungsbecken nicht im alten Haus Platz gehabt hätten und somit ein neues Haus gebraucht wird.

Einen Fehler haben wir im Beschlusstext beim Betrag festgestellt. Ansonsten ist die BVK für Eintreten auf den B+A Nr. 1577 und Genehmigung der Abrechnung.

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion hat den vorliegenden Bericht und Antrag beraten und ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung.

Eintreten L2O

Die Fraktion der L2O hat festgestellt, dass alle Kosten detailliert und korrekt aufgelistet sind. Die Begründung für die Kostenabweichung ist zudem ausführlich und nachvollziehbar.

Die L2O ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1577.

Eintreten FDP

Mit dem B+A Nr. 1508 ist an der Einwohnerratssitzung vom 19. September 2013 ein Projektierungskredit von 380'000 Franken für die Planung vom Um- und Ausbau der Trinkwasseraufbereitungsanlage Grämlis gesprochen worden. In diesem B+A heisst es, dass es sich um einen Um- und Ausbau der TWA im bestehenden Gebäude handelt. Es erstaunte deshalb die FDP-Fraktion, dass man jetzt zur Erkenntnis gekommen ist, dass die neuen Anlagen im bestehenden Gebäude keinen Platz mehr finden sollen. Das, obwohl man genau diesen Aspekt explizit überprüft hatte. Der Slogan im Titel vom Verfasser vom Vorprojekt lautet: "Von Grund auf durchdacht". Offenbar ist das doch nicht ganz so.

Die 60'000 Franken Mehrkosten für die Projektierung von der heutigen Lösung mit einem Annxbau sind die eine Seite, die Mehrkosten für die Realisierung die andere. Ändern kann man daran aber heute leider nichts mehr, ausser Lehren daraus ziehen.

Die FDP-Fraktion ist für Zustimmung zur vorliegenden Abrechnung vom Projektierungskredit "Um- und Ausbau Trinkwasseraufbereitung Grämlis" und für Eintreten auf das Geschäft.

Eintreten SVP

Auch die SVP-Fraktion hat den B+A besprochen und keine weiteren Bemerkungen. Wir sehen jedoch, dass nur dank dem Zusatzkredit keine weiteren Kosten angefallen sind. Wir sind einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1577.

Was wir mit den 430'000 Franken Kredit geplant haben, sieht man im B+A Nr. 1548 und es ist eine gute Sache. Nächste Woche ist übrigens der Spatenstich und dann wird man auch sehen, wie es vorwärts geht.

Zum Votum von Frau Ziegler möchte ich präzisieren, dass natürlich zuerst der Zusatzkredit gesprochen wurde und dann die weiteren Planungen gemacht wurden und nicht umgekehrt.

Reto Eberhard (SVP)

Roger Eichmann
(CVP)

Mario Fischer (L2O)

Jürg Biese (FDP)

Jasmin Ziegler-Hüppi
(SVP)

Thomas Zemp (CVP)

Detailberatung

Bericht und Antrag

Keine Anmerkungen

Abstimmung:

Die Abrechnung Projektierungskredit Um- und Ausbau Trinkwasseraufbereitung Grämlis im Betrag von Fr. 430'586.67 wird einstimmig genehmigt.

Jürg Luthiger (CVP)

5. Bericht und Antrag Nr. 1574 Abrechnung Sonderkredit Erwerb von Stockwerkeigentum Gemeindehausplatz 26

Eintreten GPK

Die Abrechnung wurde der GPK durch Robert Odermatt und Erwin Burch erläutert. Alle Fragen konnten befriedigend beantwortet werden. Diskutiert haben wir über zwei Punkte:

1. Der Titel 2.3, Kostenrahmen, hat zu Verwirrung geführt. Es war aber schnell klar, dass dies einfach mit "Kosten"» benannt hätte werden müssen.
2. Wir haben über die Mehrkosten diskutiert. Dort waren wir einerseits erstaunt, was alles im Erdreich zu finden ist und welche Kosten dies zur Folge hat und andererseits, wie sinnvollerweise noch ein Containerraum hinzugefügt werden konnte. Trotz der Mehrkosten sind die Wohnungen aber, bis auf eine, nicht teurer geworden.

Hannes Koch (L20)

Die GPK ist überzeugt, dass Erwin Burch zum Gelingen des Baus massgeblich beigetragen hat und dankt ihm dafür. Die GPK ist einstimmig für Eintreten und Annahme der Abrechnung des Sonderkredits.

Eintreten BVK

Die Abrechnung vom Sonderkredit "Erwerb von Stockwerkeigentum am Gemeindehausplatz 26" fällt gemäss vorliegendem B+A Nr. 1574 rund 456'000 Franken höher aus als geplant.

Jürg Biese (FDP)

Obwohl der B+A die Mehrkosten unter Punkt 7 sehr detailliert aufführt, ist die BVK der Ansicht, dass dort keine Begründungen, sondern einfach die Herleitung der Mehrkosten aufgelistet ist. Wir konnten die einzelnen Positionen der Mehrkosten mit Herrn Burch besprechen und haben so noch genaue Informationen zu den Mehrkosten erhalten.

Uns hat erstaunt, dass bei den Anpassungen der Werkleitungen an die falsche Fernheizleitung angeschlossen wurde. Das ist auf grosses Unverständnis gestossen und gibt aus Sicht der BVK dazu Anlass, das vorhandene QM einmal kritisch zu hinterfragen, damit solche Überraschungen in Zukunft von Anfang an vermieden werden können.

Schlussendlich ist die BVK nach der Detailbesprechung von allen Mehrkosten und Aspekten des B+As einstimmig für die Genehmigung der vorliegenden Abrechnung über den Sonderkredit und Eintreten auf den B+A Nr. 1574.

Eintreten CVP

Die Beratung des B+As hat in unserer Fraktion nicht zu substantiellen Diskussionen geführt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Kreditrahmen von 4.4 Mio. Franken mit einer Überschreitung von gut 10 % innerhalb der genehmigten Toleranz von 15 % liegt. Die Abweichungen sind ausgewiesen und wie weit sie vorhersehbar oder nicht vorhersehbar waren, haben wir nicht beurteilt. Es ist für uns, wenn man die Abweichung von 10 % gewichtet wichtig, zu berücksichtigen, dass die Planung vom Gesamtbau und das Kostengerüst, das dem Kreditantrag zugrunde lag, nicht von der Gemeinde erarbeitet wurde, sondern von der Baugenossenschaft Familie. Möglicherweise wurde das nicht mit der gleichen Genauigkeit, wie man das von der Gemeinde gewohnt ist, gemacht. Die Gemeinde hat in dem Sinn die Planungsabweichungen nur indirekt zu verantworten.

Eine Weile haben wir noch über die Teuerungsgeschichte diskutiert. Das ist ein wenig verwirrend und was man sieht ist, dass einerseits gesagt wird, es gibt keine Teuerung beim Punkt 2.2 und dann schaut man weiter zum Punkt 5, wo man sieht, dass es eine Teuerung gibt, aber sie wurde nicht berücksichtigt.

Ich habe mir die Mühe gemacht, ein paar alte Kreditabrechnungen anzuschauen und habe festgestellt, dass es Unterschiede gibt, wie die Teuerung in den Abrechnungen berücksichtigt wird. Es wäre schön, wenn man das einheitlich machen würde.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1574.

Eintreten L20

Die L20 hat die Abrechnung vom Sonderkredit zum Erwerb vom Stockwerkeigentum am Gemeindehausplatz 26 diskutiert und ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1574.

Eintreten FDP

Mit diesen neuen Räumlichkeiten im Zentrum von Horw haben wir jetzt für die Bibliothek, Ludothek und Musikschule eine wesentliche Verbesserung erreicht und damit die notwendige Infrastruktur für die nahe Zukunft sichergestellt.

Zudem hat man mit dem neuen Saal Egli, worin wir uns im Moment ja befinden, einen bisher fehlenden gemeindeeigenen Raum an bester Lage sichern können.

Folgende Punkte aus der Abrechnung sind aus Sicht der FDP Fraktion zu erwähnen:

- Für die FDP-Fraktion ist schwer verständlich, dass aufgrund von falschen Plänen Mehrkosten für die Umlegung von Werkleitungen entstanden sind. Da wurde in der Vergangenheit offensichtlich nicht sauber gearbeitet.
- Erfreulich ist der ausreichende Schallschutz in den Musikschulräumen. Somit sollte uns hoffentlich ein teures Nachbessern erspart bleiben.
- Ob sich die teurere Variante für den Verbindungsbau langfristig ausbezahlt, wird sich zeigen müssen.

Was im B+A aus unserer Sicht fehlt ist die Begründung, warum auf der Abrechnung die vorhandene negative Teuerung nicht kostenmässig ausgewiesen werden konnte. Es wäre sicher interessant zu sehen, ob diese, wie bei anderen Bauprojekten auch, konsequent berücksichtigt worden ist. Oder wird nach dem Moto gerechnet, Fixpreise gelten nur, wenn die Teuerung negativ ist und wenn die Teuerung positiv ist, wird sie einfach immer noch dazu gerechnet.

Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den B+A und Genehmigung der Abrechnung.

Markus Bider (CVP)

Peter Bucher (L20)

Marcel Wirz (FDP)

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion stellt fest, dass es eine Kostenüberschreitung von rund 456'000 Franken gab. Das ist für die SVP nicht sehr erfreulich. Es wird aber im Abschnitt 5 gut beschrieben, wieso und warum. Das Geld ist ausgegeben und die Mehrkosten müssen wir akzeptieren. Die SVP ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1574.

Roland Bühlmann
(SVP)

Am 29. Mai 2013 haben Sie dem Erwerb von Stockwerkeigentum am Gemeindehausplatz 26 zugestimmt. Das Bauvorhaben war sehr anspruchsvoll, was Sie bereits richtig bemerkt haben. Viele Player waren involviert und verschiedene Abhängigkeiten im Umfeld mussten gemeistert werden. Die Gemeinde war nicht Bauherr und konnte so auch nur beschränkt Einfluss auf das Geschehen nehmen. Mit dem Erwerb der Stockwerkeinheiten bestand eine der letzten Möglichkeiten, im Ortskern an zentraler und verkehrsfreier Lage Raum für die öffentliche Nutzung zu sichern. Mit den Nutzungen von Bibliothek, Ludothek, Spielgruppe, Mittagstisch, Musikschulräumen und dem Saal Egli konnten verschiedene Raumbedürfnisse in einem zentralen Gebäude abgedeckt werden. Auch der Saal Egli wird jetzt zunehmend für Anlässe der öffentlichen Hand, aber auch von Privaten und Vereinen genutzt. Die Erwartungen, die an die Räumlichkeiten gesetzt wurden, sind zwischenzeitlich vollumfänglich erfüllt worden. Die Räumlichkeiten sind seit rund acht Monaten bezogen und die Nutzenden sind weitgehend sehr zufrieden. Wir sind bemüht, auch die letzten Kinderkrankheiten, wie beispielsweise die Lüftung an gewissen Punkten im Saal, zu verbessern. An dieser Stelle möchte ich dem Projektleiter für seinen Einsatz herzlich danken.

Robert Odermatt
(SVP)

Ihre Bemerkungen betreffend Berechnung der Teuerung wird der Gemeinderat aufnehmen.

Detailberatung

Bericht und Antrag

Keine Anmerkungen

Abstimmung:

Die Abrechnung über den Sonderkredit Erwerb von Stockwerkeigentum Gemeindehausplatz 26 (bisher Kopfbau Ost) im Betrag von Fr. 4'836'000.00 wird einstimmig genehmigt.

6. Fragestunde

7. Bericht und Antrag Nr. 1575 Abrechnung Kredit Innenausstattung Stockwerkeigentum Gemeindehausplatz 26

Eintreten GPK

Für die GPK ist die Abrechnung über die Innenausstattung des Stockwerkeigentums am Gemeindehausplatz 26 klar und verständlich. Sie ist für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1575.

Hannes Koch (L20)

Eintreten BVK

Der B+A hat innerhalb der BVK keine grossen Wellen geschlagen. Dies zeigt sich auch darin, dass man sich über die Kosten für das Geschirr und die Kaffeemaschine unterhalten hat, welche aber durchaus in dieser Grössenordnung liegen können.

Im Weiteren hat die BVK zur Kenntnis genommen, dass die Abrechnung recht genau dem gesprochenen Kredit entsprochen hätte, wenn man die Aufwendungen für die Media- und EDV-Einrichtungen im Saal Egli nicht in den B+A Nr. 1574 transferiert hätte.

Die BVK ist für Eintreten und einstimmig für die Genehmigung der vorliegenden Abrechnung.

Jürg Biese (FDP)

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion hat den Vorrednern nichts hinzuzufügen. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Markus Bider (CVP)

Eintreten L20

Die L20 hat ebenfalls nichts hinzuzufügen und ist für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1575.

Peter Bucher (L20)

Eintreten FDP

Auch die FDP-Fraktion ist mit der Kreditabrechnung für die Innenausstattung vom Gemeindehausplatz 26 einstimmig einverstanden und für Eintreten auf den B+A Nr. 1575.

Jörg Gilg (FDP)

Eintreten SVP

Bei dem B+A konnten erfreulicherweise 20'000 Franken eingespart werden konnten. Der Grund ist, dass die Gemeinde als alleinige Auftraggeberin keine Rücksicht auf weitere Investoren nehmen musste. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn das eine vorbildliche Angelegenheit für kommende B+As ist.

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Jörg Conrad (SVP)

Eine kleine Korrektur Herr Conrad, und zwar ist es gemäss Papier richtig, dass es 20'000 Franken günstiger ist, aber wir haben auch gesagt, dass das ziemlich genau der Betrag ist, der beim B+A zum Erwerb vom Stockwerkeigentum belastet wurde, weil es für die Abrechnung einfacher war. Auf jeden Fall konnten wir aber im Rahmen vom Budget abrechnen, d.h. es gab keine Kostenüberschreitung.

Robert Odermatt (SVP)

Detailberatung

Bericht und Antrag

4 Finanzierung

Unter diesem Punkt ist der Kreditbetrag von 340'000 Franken aufgeführt anstatt die effektiven Kosten von 330'861.35 Franken.

Robert Odermatt (SVP)

Abstimmung:

Die Abrechnung über die Innenausstattung Stockwerkeigentum Gemeindehausplatz 26 (bisher Kopfbau Ost) im Betrag von Fr. 330'861.35 wird einstimmig genehmigt.

Jürg Luthiger (CVP)

8. Bericht der Präsidentin der Bürgerrechtsdelegation

Die Bürgerrechtsdelegation hat die Kompetenz, abschliessend über die Einbürgerungsgesuche in der Gemeinde Horw zu entscheiden. Darum wird der Einwohnerrat einmal pro Jahr über die Geschäfte, die in der Bürgerrechtsdelegation getätigt worden sind, informiert.

Rita Wyss (L20)

Die Gesuchstellenden müssen alle einen Informationskurs besuchen. Im letzten Jahr fanden zwei Kurse statt, die von je ca. 15 Personen besucht wurden. Die einbürgerungswilligen Personen setzen sich an vier Kursabenden mit den Themen Bund, Kanton Luzern, Gemeinde Horw, Lebensgewohnheiten, Sitten und Bräuche und ihrer persönlichen Integration auseinander. Der Kurs wird seit vielen Jahren von der Caritas organisiert. Die Rückmeldungen der Kursteilnehmenden sind durchwegs positiv. Es ist demzufolge sinnvoll, dass die Gemeinde diese Kurse zur Vorbereitung anbietet.

Nach dem Kurs findet mit dem zuständigen Gemeinderat und mit dem Zivilstandsbeamten ein Gespräch statt. Zeitgleich müssen alle noch einen Fragebogen ausfüllen. Dabei geht es auch um Themen, die im Informationskurs besprochen wurden. Das Ziel ist, zu sehen, welche Sprachkompetenzen die Leute haben. Wenn die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind, wird ein Bericht und Antrag für die Zusicherung des Bürgerrechts der Gemeinde Horw formuliert.

Die Bürgerrechtsdelegation hat den Auftrag, die Einbürgerungsgesuche eingehend zu prüfen. Anschliessend werden die Personen von der Bürgerrechtsdelegation zu einem Gespräch eingeladen, in dem es um die Sprachkompetenz, Integration, das staatspolitische Wissen und allgemeines Wissen über die Schweiz geht. Die Gespräche werden anschliessend ausgewertet und es wird abschliessend entschieden. Es sind folgende Entscheide möglich:

- Im Idealfall wird das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.
- Es gibt die Möglichkeit für ein zweites Gespräch, d.h. die Bewerber werden innerhalb eines halben Jahres noch einmal eingeladen mit der Aufforderung, dass sie sich gut vorbereiten sollen. Häufig ist es so, dass sie zu den Themen, die im Informationskurs behandelt wurden, nicht zu unserer Zufriedenheit Auskunft geben können.
- Von einer Sistierung eines Gesuches sprechen wir, wenn die Bewerber ein Jahr warten müssen, bis sie zu einem zweiten Gespräch kommen können. In so einem Fall war grundlegendes Wissen nicht vorhanden und häufig sind auch die Deutschkenntnisse nicht ausreichend.
- Bei einem Negativentscheid hat die Bürgerrechtsdelegation entschieden, dass das Gesuch nicht weiterbearbeitet wird.

Alle zwei Jahre findet ein Apéro in einem feierlichen Rahmen statt, das letzte Mal im November 2015.

Im vergangenen Jahr wurden 33 Berichte und Anträge für 48 gesuchstellende Personen behandelt, d.h. es waren einige Familien und Ehepaare darunter.

Im Berichtsjahr wurden 43 Personen eingebürgert, zwei davon kamen zu einem zweiten Gespräch. Vier Personen werden zu einem zweiten Gespräch eingeladen. Diese müssen sich jetzt vorbereiten und werden innerhalb eines halben Jahres noch einmal bei der Bürgerrechtsdelegation vorsprechen. Ausserdem gab es einen Negativentscheid.

Von den eingebürgerten Personen stammen 7 aus Sri Lanka, eine 6-köpfige Familie kommt aus Pakistan, je 5 Personen aus Bosnien und Deutschland, je 4 aus Italien und Portugal, je 2 aus Serbien und Kroatien und je 1 Person aus Spanien, Peru, Russland, England, Mexiko, Angola, Belgien und der Slowakei.

Zwischen 0 und 16 Jahren wurden 14 Personen eingebürgert, zwischen 17 und 30 Jahren 8 Personen, zwischen 31 und 40 Jahren 3 Personen und zwischen 41 und 60 Jahren 15 Personen. 3 Personen waren älter als 60 Jahre.

Im Moment sind 50 Gesuche eingereicht und wir hoffen, dass es in der neuen Legislatur zügig vorwärts geht. Es könnte auch sein, dass ausser den geplanten noch zusätzliche Sitzungen stattfinden, denn es ist wichtig, dass die Bewerber zeitnah nach dem Kurs das Einbürgerungsgespräch führen können.

Die Bürgerrechtsdelegation trägt eine sehr grosse Verantwortung und es ist unser Ziel, die Gespräche in einer offenen, wertschätzenden Art zu führen und alle gleich zu behandeln. Wir erwarten aber auch, dass die Gesuchstellenden über das geforderte Wissen verfügen und sich entsprechend vorbereiten.

9. Dringliche Interpellation Nr. 2016-662 von Ivan Studer, CVP, und Mitunterzeichnenden: Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Kirchfeld

Der Interpellant verzichtet auf ein Votum. Wir kommen somit direkt zur Beantwortung.

Jürg Luthiger (CVP)

Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Oskar Mathis (L20)

1. Welche Modelle zur Medikamentenabgabe wurden geprüft und welches waren die ausschlaggebenden Gründe für die Lösung mit Medifilm?

Im Vorfeld des Budgets 2013 wurden verschiedene Blistersysteme geprüft. Die Gründe für die Einführung und Weiterführung des Medikamentenabgabesystems Medifilm wurden im B+A Nr. 1529 ausführlich abgehandelt. Auf dieser Grundlage hat der Einwohnerrat am 18. September 2014 mit 24:1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, die Weiterführung des Systems mit der Firma Medifilm beschlossen. Eine Änderung muss daher aus unserer Sicht wieder über den Einwohnerrat erfolgen.

Hauptargumente für Medifilm waren die platzsparende Form und der dadurch mögliche Verzicht auf bauliche Investitionen und die nötige Umnutzung von zwei Pflegezimmern sowie der damit verbundene Einnahmenverlust. So konnten die Lagerungsdefizite und die fehlende Fachverantwortung bei der Medikamentenabgabe mit einem Apotheker-Vertrag gelöst werden.

2. Welche Massnahmen unternimmt der Gemeinderat, damit eine zufriedenstellende ärztliche Versorgung im Alters- und Pflegeheim Kirchfeld wieder sichergestellt wird?

Die Geschäftsleitung und der Gemeinderat suchte nach der bestätigten Kündigung erneut das Gespräch mit den Ärzten und hat ein konkretes Entschädigungsangebot für ihren reklamierten Mehraufwand gemacht. Da die Verhandlungen immer noch andauern hat der Gemeinderat die Geschäftsleitung Kirchfeld beauftragt, alternative Lösungen vorzubereiten.

3. Bis wann kann mit einer definitiven Lösung gerechnet werden?

Da wir bis Ende Jahr mit dem Medifilmsystem vertraglich gebunden sind, sind wir zuversichtlich, auf diesen Zeitpunkt eine definitive Nachfolgelösung zu realisieren.

4. Gibt es kurzfristige Massnahmen wie Fahrdienste oder Ähnliches, damit die Bewohnerinnen und Bewohner auch weiterhin bei Ihrem Vertrauensarzt bleiben können?

Wenn die Angehörigen die Fahrdienste nicht übernehmen können, setzen wir freiwillige Fahrer oder den technischen Dienst ein. Einige Bewohner können auch den Busbetrieb in Anspruch nehmen. Bisher konnten alle Besuche beim Vertrauensarzt ermöglicht werden.

Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Jürg Luthiger (CVP)

Ich verlange Diskussion.

Ivan Studer (CVP)

Herr Mathis, Sie haben eine neue Lösung erwähnt. Was heisst das? Sie haben auch davon gesprochen, dass eine Änderung des System nur durch den Einwohnerrat vorgenommen werden kann. Beinhaltet also die neue Lösung eine Änderung des Systems oder ist das eine Änderung innerhalb des bestehenden Systems?

Sie haben auch gesagt, dass erst Ende des Jahres gekündigt werden kann. Betrifft das die Kündigung mit Medifilm? Hat der Gemeinderat da etwas gemacht?

Die Kündigung mit Medifilm wurde Ende Juni 2016 auf Anfang 2017 gemacht, d.h. ab dann sind wir vertragsfrei. Zurzeit prüfen wir diverse Nachfolgelösungen, dazu können aber noch keine Ergebnisse bekanntgegeben werden.

Oskar Mathis (L2O)

Mir ist immer noch nicht klar bezüglich dem, was der Einwohnerrat entscheiden müsste.

Ivan Studer (CVP)

Im Fall, dass man das System mit Medifilm nicht mehr führen möchte, müsste man wieder an den Einwohnerrat gelangen und mit einem B+A den Entscheid abholen, ob man eine neue Lösung umsetzen möchte.

Oskar Mathis (L2O)

Ich nehme an, es wird schwierig, wenn der Einwohnerrat noch auf Ende des Jahres entscheiden müsste.

Ivan Studer (CVP)

Das stimmt und deshalb wurde in den Verhandlungen auch mitgeteilt, dass im Einwohnerrat der Entscheid erst an der Sitzung vom Januar 2017 getroffen werden kann.

Oskar Mathis (L2O)

Zusammenfassend bleibt einfach ein schlechtes Gefühl. Das Ganze ist sehr wenig strategisch durchdacht. Es hört sich mehr nach einer Feuerwehrübung an. Man diskutiert etwas, man hat einen Vertrag, der gekündigt wurde, eigentlich sollte man noch einen B+A machen, es ist aber zu spät und nachher verpasst man den Termin usw. Das bekräftigt meine Meinung, dass man das Thema einfach auf die lange Bank geschoben hat. Man hätte das schon vor mehreren Monaten angehen können. Jetzt ist man in einer verzwickten Situation und versucht krampfhaft etwas zu machen. Ich sehe den strategischen Horizont der Übung noch nicht und das Ganze hört sich wirklich mehr nach einem Flickwerk an, bei dem versucht, jetzt noch irgendwas zu retten, was eigentlich schon verloren ist.

Ivan Studer (CVP)

Unsere Strategie war und ist, den Beschluss des Einwohnerrates, d.h. das Medifilm-System umzusetzen. Diese Strategie hat die Ärzte zu einer Kündigung bewogen, welche mit dem System nicht mehr einverstanden sind. Leider sind bei den Verträgen mit Medifilm und den Ärzten die Kündigungsfristen unterschiedlich, sodass die Ärzte aussteigen konnten, bevor wir die Möglichkeit für eine Systemanpassung haben.

Oskar Mathis (L2O)

10. Interpellation Nr. 2016-658 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Veränderungen im Bereich Immobilien

Wie in der Interpellation beschrieben, musste die Gemeinde Horw seit dem Jahr 2011 dreimal einen neuen Leiter Immobilien suchen. Angesichts unseres grossen Finanz- und Verwaltungsvermögens, das in unseren Büchern steht, übernimmt der Leiter Immobilien eine sehr verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe und Funktion. Umso wichtiger ist es, dass die Stelle mit einer kompetenten, ausgewiesenen und ins Umfeld passenden Person besetzt wird. Wie wir erfahren konnten, wurde die Stelle vor einiger Zeit mit einer geeigneten Person besetzt.

Jürg Biese (FDP)

Meine Fragen zielen darauf ab, sicherzustellen, dass die Gründe, wieso es zu den zwei ausserordentlichen Abgängen der neuen Leiter Immobilien kommen konnte erkannt und Massnahmen dagegen eingeleitet werden.

Gerne beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Robert Odermatt
(SVP)

1. Wie haben sich der Gemeinderat und die Verwaltung auf organisatorischer Ebene seit 2011 verändert? Wurden die Aufgaben des langjährigen Leiters Immobilien auf verschiedene Stellen aufgeteilt oder blieb der Stellenbeschrieb des Leiters Immobilien unverändert? Besteht möglicherweise ein Zusammenhang zwischen Organisation und den Abgängen von zwei Leitern Immobilien?

Nach der Pensionierung des langjährigen Leiters Immobilien im Jahr 2011 und nach dem Austritt seines Nachfolgers per Ende November 2013 wurde der Bereich Immobilien unter Miteinbezug eines externen Beraters neu organisiert. Per 1. Januar 2014 bewilligte der Einwohnerrat die Erhöhung des bisherigen Pensums der Leitung Immobilien von 100 auf 160 %, aufgeteilt auf die Leitung Immobilien mit den beiden Ressorts Gebäudemanagement und Immobilienbewirtschaftung.

Der Gemeinderat genehmigte im Sommer 2015 die Schaffung einer zusätzlichen Vollzeitstelle per 1. August 2015, befristet bis zur Pensionierung eines langjährigen Mitarbeiters im Mai 2018.

Diese Pensenerhöhungen haben allerdings nur im Stellenplan stattgefunden. Die Stellen waren bereits vorher durch Praktikanten, Lehrabgänger während 6 Monaten, Aushilfen und Mitarbeitende vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk abgedeckt. Diese dauernden Wechsel waren für einen geordneten und kundenfreundlichen Betrieb nicht mehr zu verantworten.

Die Administration des zuständigen Gemeinderates wurde im Jahr 2011 und bis September 2012 von der Sekretärin des Finanzdepartements in einem 70 %-Pensum erledigt. Im Jahr 2013 wurde diese Arbeit von einem Lehrabgänger besorgt, welcher ca. 30 % für den Departementsleiter arbeitete und seit 2014 werden diese Arbeiten von einer Sekretärin ausgeführt, die mit einem 30 %-Pensum im Bereich Immobilien angestellt ist.

2. Gab es im Zusammenhang mit den Abgängen des langjährigen Leiters Immobilien, oder auch im Zusammenhang mit Neuorganisationen oder aufgrund der Anstellung der neuen Leitung Immobilien weitere Personalabgänge?

Seit 2011 gab es neben dem Leiter Immobilien einen Personalabgang einer unbefristeten 60 %-Sachbearbeiter-Teilzeitstelle. Der Grund des Abgangs ist dem Gemeinderat nicht bekannt.

3. Wie haben sich die Pensen bzw. die Lohnkosten im Bereich Immobilien seit 2011 verändert resp. entwickelt?

Die wesentlichen Veränderungen in den Pensen sind folgende:

Im Jahr 2014 wurde bei den Sportanlagen und öffentlichen WC-Anlagen eine Erhöhung von 65 % vorgenommen. Diese Arbeiten wurden vorher durch einen Mitarbeiter eines geschützten Arbeitsplatzes ausgeführt, welcher aus gesundheitlichen Gründen bei der Gemeinde ausgeschieden ist. Die geschützten Arbeitsplätze sind jedoch nicht im Stellenplan enthalten, weshalb eine Erhöhung des Stellenplans notwendig wurde.

Im Jahr 2016 wurde für das Stockwerkeigentum am Gemeindehausplatz 26 sowie zwei zusätzliche Kindergärten eine 100 %-Hauswartstelle notwendig.

Im Jahr 2011 waren im Bereich Immobilien 1550 Stellenprozente, im Jahr 2016 waren es 1700 Stellenprozente.

Wenn wir nur die Leitung und Administration im Bereich Immobilien und im Departement anschauen, dann waren dies im Jahr 2011 476 Stellenprozente, im Jahr 2016 sind es 460 Stellenprozente.

Die Lohnkosten haben sich höher entwickelt als die Pensen. Dies liegt daran, dass die Kosten des geschützten Arbeitsplatzes, Lehrabgänger während 6 Monaten nach der Lehre sowie Personen vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk nicht den Immobilien angerechnet werden bzw. im Falle vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk teilweise kostenlos waren.

4. Welche Massnahmen hat der Gemeinderat vorgesehen, um bei der Neubesetzung der Stelle des Leiters Immobilien einen erneuten kurzfristigen Abgang zu vermeiden?

Unter der Federführung der Personalabteilung wurde ein sorgfältiges Auswahlverfahren durchgeführt. Aus etlichen Bewerbungen konnte schliesslich Herr Martin Kopp für eine Anstellung gewonnen werden. Der Gemeinderat bewilligte mit der Anstellung von Martin Kopp eine befristete Erhöhung des Pensums bis zum 31. Dezember 2016 von 90 auf 100 %, um der benötigten Einarbeitungsphase Rechnung zu tragen.

Weiter hat der Gemeinderat eine externe "Analyse Aufbau- und Ablauforganisation des Bereichs Immobilien der Gemeinde Horw" erstellen lassen. Die daraus resultierenden Vorschläge werden erst im Mai 2018 aktuell, wenn ein langjähriger Mitarbeiter pensioniert wird.

5. Wann wurde die Stelle neu besetzt?

Herr Martin Kopp hat seine Stelle am 18. Januar 2016 angetreten, sein Vorgänger Herr Marco Capitelli die Gemeinde Horw am 29. Februar 2016 verlassen.

Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Jürg Luthiger (CVP)

Ich verlange Diskussion.

Jürg Biese (FDP)

Ich habe eine Frage zur Beantwortung der ersten Frage, zu der Sie gesagt haben, dass die Arbeiten durch Lehrabgänger und später durch eine Sekretärin ausgeführt wurden. Welche Arbeiten sind damit gemeint?

Zur vierten Frage möchte ich gerne wissen, ob die Abgänge, die stattgefunden haben, analysiert wurden. Gab es ein Austrittsgespräch, um zu erfahren, warum die Leute gegangen sind?

Zur ersten Frage: Die Arbeiten umfassen Aufgaben für den Gemeinderat. Bis 2012 wurden diese durch die Sekretärin des Finanzdepartements gemacht, 2013 wurden die Arbeiten durch einen Lehrabgänger erledigt und 2014 wurde eine Sekretärin mit einem 30 %-Pensum angestellt, die in den Bereich Immobilien integriert ist.

Robert Odermatt
(SVP)

Zur zweiten Frage: Selbstverständlich wurden Austrittsgespräche geführt und die Abgänge analysiert. Beim ersten Austritt war es so, dass die Person menschlich und auch pensenmässig komplett überlastet war. Sie müssen sich vorstellen, dass die Arbeiten über 25 Jahre gewachsen sind und immer durch die gleiche Person erledigt wurden. Da hinkten die Strukturen hinterher. Die Einarbeitungszeit vom neuen Mitarbeiter war auch relativ kurz und die Pendenzen konnten nicht abgebaut werden. Als dann noch die grossen Projekte, wie die Sanierung des Gemeindehauses usw. anstanden, hat das zu seiner Kündigung geführt.

Daraufhin wurde der Bereich durch Externe analysiert, neu organisiert und die Leitung aufgestockt. Herr Capitelli hat uns leider auch nach einem Jahr verlassen, weil er gewisse Altlasten nicht abarbeiten konnte. Es gab dort aber auch gewisse zwischenmenschliche Probleme. Nicht im Bereich Immobilien, aber die Leitung hat mit der ganzen Verwaltung, allen Schulhäusern usw. sehr viele Schnittstellen und er hat gefunden, es sei ihm doch zu viel und darum ist es zu dem Abgang gekommen. Dazu kamen die Wechsel im Sekretariat, bei denen auch immer wieder Know-how verloren ging.

In der Zwischenzeit ist der Bereich Immobilien mit einem sehr guten Team auf einem sehr guten Stand und ich bin zuversichtlich, dass wir die unruhige Phase meistern konnten.

Herr Biese, sind Sie mit der Beantwortung zufrieden.

Jürg Luthiger (CVP)

Vielen Dank, ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

Jürg Biese (FDP)

Jürg Luthiger
Einwohnerratspräsident

Oliver Imfeld
Sekretär

Beat Gähwiler
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 20. Oktober 2016